Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2627/**036**

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2026/2027 11. Oktober 2026

Sachantrag

der Fraktion Internationaler Jugendverband (IJV)

Hamburger Hochschulen gemeinsam für Ausfinanzierung

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Petitum

Dass uns an der UHH Tutorien, Veranstaltungen und ganze Studiengänge gekürzt werden, kommt nicht isoliert vor. Der rot-grüne Senat will an allen Hamburger Hochschulen kürzen. An der HAW ist in Folge der Kürzungen der Abbau von 220 Studienanfängerplätzen jährlich abzusehen. Das kommt u.A. von 54 Professuren, die abgebaut werden und einem gesamten Personalabbau von 10%, wenn sich die Finanzierung nicht verbessert. Mit sinkenden Studierendenzahlen sinken natürlich auch die Gelder, die die Studierenden in ihrem immer höheren Semesterbeitrag zur Finanzierung der Uni zahlen, was das Defizit weiter treibt.
Währenddessen wurde der HCU die Hälfte des Budgets gestrichen. Die Uni solle ihre Rücklagen aufbrauchen, ist die Begründung. Rücklagen, die bereits für Essenzielles wie Mieten für Unigebäude verplant sind. Schon jetzt sind essenzielle Teile der Lehre wie Modellbau, Gruppenarbeiten und Präsentation von Semesterarbeiten durch den Platzmangel eingeschränkt. Eine so massive Kürzung, wie sie der HCU nun aufgezwungen wird, bedroht die Existenz des Lehrbetriebs, wie wir ihn kennen. Zur gleichen Zeit, wie Studierende also kein Raum zum Lernen oder für ihre Prüfungen haben, muss die Uni außerdem jede fünfte Stelle kürzen.
Aber auch und besonders die Hochschule für bildende Künste und die Hochschule für Musik und Theater haben als kleinere Hochschulen mit den breiten Kürzungen zu kämpfen.
Nicht nur die Kürzungen, sondern auch die Verteuerung der Mieten und Lebenshaltungskosten bei einer Bafög Nullrunde treffen alle Hamburger Studierenden. Das wird durch den überall ansteigenden Semesterbeitrag noch verschlimmert.

Dabei kann man sich einen guten Wissenschafts- und Bildungsstandort in Hamburg leisten. Das zeigt eine Milliarde, die in die Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr gesteckt wird. Das vereint auch die Kürzungen an allen zivilen Hochschulen: Geld ist da für NATO-Manöver und Kriegs-Uni, wenn nur in unserer Bildung und Forschung gespart wird.

Deshalb fordern wir, dass sich das Studierendenparlament mit den Studierenden und Beschäftigten, die in allen zivilen Hamburger Hochschulen für ihre Ausfinanzierung kämpfen, solidarisiert.

Begründung

s.o.